

Aktuell = Actualité = Attualità

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **42 (1995)**

Heft 10

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Parlamentarische Gruppe für Sicherheitspolitik

Innere Sicherheit bedarf neuer Strukturen

Nur einen Tag vor der Ersatzwahl in den Bundesrat am 27. September liessen sich 18 eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht davon abhalten, an einem Arbeitslunch teilzunehmen, der dem Thema der inneren Sicherheit der Schweiz galt. Referent war Dr. Markus Mohler, Kommandant der Kantonalpolizei Basel Stadt und Präsident der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten.

EDUARD REINMANN

Als «öffentliche und innere Sicherheit» bezeichnete Mohler das Fehlen von Risiken wie Verbrechen, Drogen, Korruption und andere strafbare Delikte. Die öffentliche Sicherheit umfasst vor allem den öffentlichen Raum, was jedoch nicht heisst, dass allein die öffentliche Hand dafür verantwortlich ist. Mohler: «Auch die Bürger müssen durch einen vernünftigen Selbstschutz das Ihre beitragen; sie sind mitverantwortlich für die öffentliche Sicherheit.» Interessant ist, gestützt auf Umfrageergebnisse, das Auseinanderklaffen der Sicherheitsansprüche und der Realität. Insbesondere ist die Einschätzung subjektiver Risiken um ein Vielfaches grösser als die Wahrscheinlichkeit, selber Opfer zu werden. Ein interessanter Aspekt ist die Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in der Schweiz durch die Bevölkerung. Die meisten glauben an eine Zunahme, was in Wirklichkeit nicht zutrifft. Erstaunlich ist indessen, dass das Sicherheitsgefühl – so zumindest das Umfrageergebnis in Basel Stadt – zugenommen hat.

Für Mohler ist das jedoch kein Grund, in den Sicherheitsbestrebungen für die Bürger nachzulassen. Er befürchtet aber, dass sich hier wegen der immer knapper werdenden Ressourcen eine Kluft eröffnen könnte. Unbefriedigend ist insbesondere das stete Hinterhereilen hinter kriminellen Handlungen. Mohler: «Die blosses Kriminalitätsverwaltung hat ausgedient, wir müssen vermehrt präventiv wirken können.»

Das «neue» Europa und die Folgen

Mit dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion und der damit verbundenen Öffnung der Grenzen haben sich neue Sicherheitsrisiken gebildet. Das mafiaähnlich aufgebaute organisierte Verbrechen zieht immer weitere Kreise und brei-

tet sich wie ein Netz über Westeuropa aus. Laut Mohler ist eine Bekämpfung dieser Zustände nur mit einer international abgestimmten Politik möglich. Unter diesem Aspekt sei auch eine gesamtschweizerische Koordination bei der Verbrechensbekämpfung unbedingt notwendig, sagte Mohler. Diese Abstimmung sei trotz der föderalistischen Strukturen der Schweiz möglich. Zusammenfassend sagte Mohler, die bestehenden Strukturen und Systeme müssten rasch und gründlich überprüft werden. Mohler: «Wenn wir hinterher hinken, laufen wir Gefahr, die Risiken zu vergrössern.» Er stellte auch klar, dass Polizei und Justiz dem organisierten Verbrechen

nicht allein Herr zu werden vermögen – dies schon gar nicht, wenn die Schweiz einen Alleingang riskiert.

Diese Feststellungen motivierten die Parlamentarier denn auch zu Fragen wie zum Beispiel: Ist die Kriminalität in den Grenzräumen grösser? Mohler: «Wir haben keine zuverlässigen Statistiken.» Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Zoll und Grenzschutz? Mohler: «Das Grenzschutzkorps sollte viel stärker in den Polizeidienst eingebunden werden.» Welche Folgen haben die nachts unbewacht geöffneten Grenzen? Mohler: «Die jetzige Methode mit Patrouillen ist effizienter als die stationäre Methode.»



Ständerat Willy Loretan präsidiert die parlamentarische Gruppe für Sicherheitspolitik.



Markus Mohler: «Die blosses Kriminalitätsverwaltung hat ausgedient.»



Die Ständeräte Hans Danioth, Uri (links) und Robert Bühler, Luzern: «Die Bevölkerung hat ein Recht auf Sicherheit.»

Information im Zivilschutz: Die Ansprüche steigen

Die Info-Beauftragten sind Frontkämpfer

«Information ist nicht alles, aber ohne Information ist alles nichts», sagte vor einiger Zeit ein kompetenter Medienfachmann. Information nach innen und nach aussen ist auch im Zivilschutz seit einigen Jahren ein Thema und wird zunehmend gepflegt. An die Informationstätigkeit werden aber auch immer höhere Ansprüche gestellt. Nicht auf die Menge, sondern auf die Qualität kommt es an.

EDUARD REINMANN

In ihrem Alltag haben Info-Verantwortliche einer ZSO, eines Gemeindeführungstabes oder eines Krisenstabes vor allem zwei Aufgaben zu erfüllen:

Im Normalfall sollten sie dafür besorgt sein, dass über die Aktivitäten des Bevölkerungsschutzes laufend etwas an die Öffentlichkeit dringt. Sie erfüllen damit das Informationsbedürfnis der Bevölkerung und betreiben zugleich Imagewerbung. Das liest sich leicht, ist aber in der Praxis gar nicht so einfach. Beim heutigen Medienangebot findet nur noch das Aussergewöhnliche Beachtung. Das Aussergewöhnliche und Aktuelle herauszupicken, ist Herausforderung für Info-Beauftragte. Und auf was es ganz besonders ankommt: Eine Information ist erst dann Information, wenn sie vom Sender und Empfänger analog aufgefasst wird.

Beim ausserordentlichen Ereignis müssen Info-Beauftragte aktiv und rasch Informationen beschaffen, aufarbeiten und weitergeben. Dies ist die Stunde der Bewährung. In bezug auf die Information im Ernstfall hat Nationalrat Franz Steinegger, Leiter des Kantonalen Führungsstabes Uri, gestützt auf die Erfahrungen während der Hochwasserkatastrophe im Jahre 1987 grundsätzliche Erkenntnisse abgeleitet. Er misst der Information in ausserordentlichen Lagen einen sehr hohen Stellenwert bei.

Nachstehend einige Thesen aus einem seiner Referate:

- In Zeiten allgemeiner Verunsicherung, wenn in den Köpfen der Menschen Angst und Verwirrung vorherrschen, werden Informationen begierig aufgenommen.
- Zur Originalkrise darf nicht noch eine Informationskrise kommen.

- Aktive Nachrichtenbeschaffung mit allen Mitteln ist oberstes Gebot.
- Es muss (von der informierenden Stelle) mit allen Mitteln versucht werden, eine Lageübersicht zu gewinnen und sich einen Informationsvorsprung zu verschaffen. (Sonst holen sich nämlich die Medien ihre Informationen selber und das kommt nicht immer gut heraus.)

Problem erkannt

Anlässlich der Hochwasserkatastrophe im Kanton Aargau vom 19. und 20. Mai 1994 zeigte sich der Stellenwert einer raschen und umfassenden Information mit aller Deutlichkeit. Die Abteilung Zivile Verteidigung zog daraus die Konsequenzen. Es wurde bei der nachträglichen Auswertung festgestellt, dass «bei Ereignissen dieser Dimension die Belastung für den Informationschef extrem gross ist». Dies nicht zuletzt deshalb, weil das Aufgebot für den Info-Verantwortlichen der Kantonalen Katastrophenorganisation erst in zweiter Staffel erfolgte. Die Konsequenz: Der Infochef und ein Übermittler sind neu in der ersten Staffel (Kerngruppe A) eingeteilt.

Den hohen Stellenwert der Information hat schon vor Jahren das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement erkannt. Es hat damals die Schrift «Information in Krisenlagen» herausgegeben. Die Schrift hat nichts an Aktualität verloren. Unter anderem sind darin sieben Thesen (siehe Kasten) aufgelistet, die es bei der Information in Krisenlagen zu beachten gilt.

Aus alledem lässt sich ableiten, dass der Platz eines Info-Verantwortlichen im ersten Aufgebot, am Ort des Geschehens, im Nervenzentrum der Ereignisse ist.

Sieben Thesen

1. Krisenmanagement ist immer auch Informationsmanagement.
2. In einer Krise muss die Information die Bedürfnisse der Öffentlichkeit befriedigen, ohne jedoch die Anstrengungen zu beeinträchtigen, die zur Bewältigung der Krise getroffen werden.
3. Die Information ist eines der Mittel zur Bewältigung ausserordentlicher Lagen.
4. Verantwortlich für die Information sind diejenigen, welche die ausserordentliche Situation zu bewältigen haben. Sie konsultieren die Informationsfachleute.
5. In einer Krise sind das Informationsbedürfnis bei der Öffentlichkeit und die Notwendigkeit, diese zu informieren, direkt abhängig von der Schwere der Situation.
6. In einer Krise ist die Wirkung der Information auf die Öffentlichkeit direkt abhängig von der Schwere der Situation.
7. Die Informationspolitik muss der Art und der Schwere der Krise angepasst werden.

Info-Beauftragte haben eine hohe Verantwortung, denn sie sind Scharnierstelle zwischen der Krisenorganisation und der Bevölkerung. ▣

Informiert sein, heisst dabei sein!

Jedem Mitglied des Schweizerischen Zivilschutzverbandes wird die Zeitschrift «Zivilschutz», immer voll mit allen wichtigsten Informationen, gratis nach Hause geschickt! Werden auch Sie Mitglied, telefonieren Sie uns! **Telefon 031 381 65 81**

Dabei sein, heisst Mitglied sein!